

# Neuerliche Diskussionen um Lidl und Netto

**Discounter-Neubau könnte erneut auf die Tagesordnung des Oschersleber Stadtrates gesetzt werden**

Von Yvonne Heyer

---

Oschersleben | In der Stadtratssitzung am 30. Januar hakte Katrin Klenke erneut nach, wie es mit einem Nachnutzer für den Lidl-Markt im Damaschkeweg aussieht, wenn der Discounter am Stadtrand seinen neuen Markt errichtet hat. Sie fragte auch unter dem Gesichtspunkt nach, weil nach dem Bekanntwerden der Umzugspläne von Lidl mehr als 1700 Bürger in Form ihrer Unterschrift ihren Unmut darüber zum Ausdruck gebracht hatten. Der Bürgermeister hätte damals verlauten lassen, dass in den alten Markt ein Nahversorger einziehen würde. In dem Protokoll der Sozialausschusssitzung vom 6. April 2017 heißt es vom Bürgermeister dazu: „Es gibt Gespräche mit einem Nahversorger zu einer Nachnutzung.“ Die Gespräche seien Sache des Discounters und nicht der Stadt. Das Unternehmen erklärte auf Volksstimme-Nachfrage: „Lidl entwickelt sein gesamtes Filialportfolio kontinuierlich qualitativ und quantitativ weiter, um den Kunden eine moderne Einkaufsstätte mit attraktiven Einkaufsbedingungen zu präsentieren. Wir bitten Sie um Verständnis, dass wir bezüglich Oschersleben aktuell keine Angaben machen können, da wir uns noch in der Planungsphase befinden. Gerne können Sie sich im Sommer 2018 zum aktuellen Stand erkundigen.“

Die Frage zum Nachnutzer wurde damit nicht beantwortet.

## **Thema ist erneut auf der Tagesordnung**

Das Thema Einzelhandel, im speziellen der bislang abgelehnte Neubau eines Netto-Marktes auf einer Industrie-brache brachte Stadträtin Lilo Drohberg (Die Grünen) in besagter Stadtratssitzung zur Sprache.

Ihr sei zu Ohren gekommen, dass Investor Detlef Mispelbaum einen neuen Antrag zur Überplanung der Fabrikstraße stellen wolle. Lilo Drohberg wollte nun wissen, ob es neue Erkenntnisse in Sachen Netto und Mispelbaum gebe.

Bürgermeister Benjamin Kanngießler antwortete daraufhin, dass ein aktueller Handlungsbedarf nicht gegeben sei. „Es gibt zwei Stadtratsbeschlüsse, die Bestand haben“, so seine Antwort. René Herbert von der Fraktion FUWG hielt das Argument dagegen, dass laut Kommunalverfassung Sachsen-Anhalt, Paragraph 53, mit einem Viertel der Ratsmitglieder oder durch eine Ratsfraktion ein befasster Stadtratsbeschluss zum gleichen Thema nach sechs Monaten wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden könnte.

„Unsere Fraktion möchte diesen Antrag stellen, denn es macht Sinn für Oschersleben“, ist Stadtrat René Herbert überzeugt.